

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XVII/197

Bonn, den 27. September 1962

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

2 Vertrauensvolle Zusammenarbeit 59

Fazit einer Unterredung mit Präsident Kennedy
Von Hans Merten, MdB

2a Erich Ollenhauer - zehn Jahre Vorsitzender der SPD 35

Ein bemerkenswertes Jubiläum

3 Miteinander - nicht gegeneinander 50

Westliche Entwicklungshilfe auf neuen Wegen?

4 Breschanev, Tito und die Chinesen 46

Immer mehr Widersprüche im "sozialistischen Lager".
Von unseren Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher

5 - 7 Helsinki - und was dann? 103

UNO sollte Weltjugendtreffen anregen

Von Waldemar Ritter

Referent für Jugendpolitik beim Vorstand der SED

7 Keine Toleranz für Unzulässigkeit 22

Erfreuliche Seiten des Falles Gehrman

Chefredakteur Günter Markscheffel

27. September 1962

Vertrauensvolle Zusammenarbeit

Fazit einer Unterredung mit Präsident Kennedy
Von Hans Merten, MdB

Der Militärausschuß der NATO-Parlamentarier-Konferenz tagte in Washington. Es war natürlich, daß er diese Gelegenheit benutzte, um den Verteidigungsminister McNamara, den neuen NATO-Chef General Lemnitzer und Außenminister Dean Rusk eingehend nach der amerikanischen Haltung zu den verschiedenen Situationen zu fragen, die uns in Europa Kopfschmerzen machen. Ein glücklicher Umstand war es, daß die Möglichkeit bestand, in einer Unterhaltung mit Präsident Kennedy eine Bestätigung für die Äußerungen zu erhalten, die vorher von Mitgliedern seiner Regierung gemacht worden waren.

Kennedy vermittelt den Eindruck eines Mannes, der genau weiß, was er will und der fest entschlossen ist, zu den Verpflichtungen zu stehen, die er für sein Land übernommen hat. Gerade wir Deutsche können das mit Befriedigung feststellen und haben keinen Anlass, in irgendeiner Form unser politisches Handeln durch das Mißtrauen gegenüber den Vereinigten Staaten bestimmen zu lassen. Kennedy liess keinen Zweifel darüber offen, daß im Falle Berlin für die Amerikaner ein vitales Interesse daran bestehe, daß die alliierten Truppen in Westberlin bleiben und daß der freie Zugang für Personen und Güter von und nach Westberlin gesichert werden muß. Dean Rusk erläuterte das Wort "vital", indem er erklärte, die Sicherheit und Freiheit Westberlins sei für die Amerikaner eine Frage von Leben und Tod. Die Ausführungen des Generals Lemnitzer und die Besichtigung militärischer Einrichtungen der USA beweisen, daß hier nicht nur geredet, sondern auch tatkräftig gehandelt wird. Es wurde besonders deutlich, daß die militärische und wirtschaftliche Kraft der Vereinigten Staaten der entscheidende Faktor für die Verteidigungskraft der NATO ist wie für die Verteidigungsbündnisse im Nahen und fernen Osten.

Neben dem amerikanischen Ärger über die insbesondere aus den Reihen der CDU immer wieder hörbaren Mißtrauensaussagen gegenüber der amerikanischen Haltung ist besonders erwähnenswert der geradezu leiden-

schaftliche Appell der amerikanischen Politiker an die Europäer, sie, die Amerikaner, bei ihren Anstrengungen zu unterstützen und diese Anstrengungen nicht durch europäische Querelen zu stören. Insbesondere war man beunruhigt über die zögernde Behandlung des Eintritts Großbritanniens in den Gemeinsamen Markt und den Besuch de Gaulles in Deutschland. Man brachte diese Dinge in einen Zusammenhang und befürchtete, daß der Gemeinsame Markt durch die deutsch-französische Zusammenarbeit eher eine geschlossene werden könne, als vielmehr eine offene Gesellschaft, die zum Wohlstand der ganzen freien Welt und der Entwicklungsländer beiträgt.

Die Verschärfung der Lage in Kuba und die ständigen sowjetischen und sowjetisch-deutschen Drohungen gegen Berlin haben dazu geführt, daß dem Präsidenten Kennedy die Vollmacht gegeben werden soll, 150.000 Mann Reserven einzuberufen. Die Vereinigten Staaten erwarten, daß auch wir Europäer unsere Anstrengungen machen, um die konventionellen Kräfte der Landesverteidigung zu verstärken und zu einer engen Integration mit den amerikanischen Anstrengungen kommen.

Leider ist die nicht abbreissende Kette von Äußerungen aus den Reihen der Bundesregierung und der CDU, welche die Zuverlässigkeit des amerikanischen Verbündeten in Zweifel ziehen, nicht dazu angetan, die Position des Präsidenten Kennedy in den Vereinigten Staaten zu stärken. Sie dient auch keineswegs einer offenen und vertrauensvollen Zusammenarbeit innerhalb der NATO, die aber Voraussetzung für jede erfolgversprechende Gestaltung unserer Verteidigungsanstrengungen ist.

Das Schicksal Berlins und das Schicksal der Menschen in der sowjetischen Besatzungszone hängt von der Stärke und Schlagkraft der Vereinigten Staaten ab, deren Präsident rückhaltlos und klar zu dem Wort steht, das die Vereinigten Staaten gegeben haben. Vertrauensvolle Zusammenarbeit ist hier das Gebot der Stunde.

Erich Ollenhauer -- zehn Jahre Vorsitzender der SPD

Ein bemerkenswertes Jubiläum

sp - Mit 357 von 363 gültigen Stimmen wurde am 28. September 1952 in der Westfalenhalle Dortmund Erich Ollenhauer zum Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gewählt. Er trat damit die Nachfolge des zwei Monate vorher verstorbenen Dr. Kurt Schumacher an.

Ollenhauer übernahm das Amt des Vorsitzenden in einer Periode großer geistiger Auseinandersetzungen in unserem Volk und starker innen- sowie außenpolitischer Spannungen. Unter Ollenhauers Führung ist die Sozialdemokratische Partei Deutschlands von Jahr zu Jahr stärker geworden. Die große politische und organisatorische Leistung dieses Mannes wird allgemein anerkannt. Sein beständiges Wesen und die unbedingte Zuverlässigkeit seiner Entscheidungen im Sinne der Festigung der jungen deutschen Demokratie werden heute im In- und Ausland gebührend gewürdigt. In der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrzehnts der sozialdemokratischen Parteigeschichte begann das große Werk der Ausarbeitung des Godesberger Grundsatzprogramms, das im November 1959 von der Partei mit überwältigender Mehrheit gebilligt wurde. Es ist das Programm einer Volkspartei, die den freiheitlichen Sozialismus zum Lebenselement der Nation prägte.

Frei von persönlichen Ambitionen hat Erich Ollenhauer in den vergangenen Jahren dem jungen Element in der Sozialdemokratie den Weg zur Staatsverantwortung geebnet. Die Kanzlerkandidatur Willy Brandts wurde von ihm zielbewußt vorbereitet.

Erich Ollenhauer hat unzählige Freunde, natürlich auch politische Gegner, aber wohl kaum Feinde. Sein ausgleichendes Wesen bürgt auch in kritischen Situationen für die kameradschaftliche Diskussion vor wichtigen Entscheidungen, für die freundschaftliche Zusammenarbeit unter Gleichgesinnten, ohne die eine so große Gemeinschaft wie die Sozialdemokratische Partei Deutschlands nicht existieren könnte. Es ist das Verdienst dieses Mannes, der jungen deutschen Demokratie in einer turbulenten Zeit ein festes Fundament gegeben zu haben.

Miteinander - nicht gegeneinander:

ep - Einige Vorgänge deuten darauf hin, daß der Westen nun ernsthaft daran zu denken scheint, seine Maßnahmen in den Entwicklungsländern zu koordinieren. Soweit es sich hierbei um Aktionen auf dem Gebiet des Erziehungs- und Gesundheitswesens handelt, hat diese Koordination mit Hilfe der UNESCO-Organisation bereits gute Fortschritte gemacht. Die wirtschaftlichen Hilfsmaßnahmen zahlreicher westlicher Länder leiden jedoch in ihrer Effektivität bedauerlicherweise allzu oft unter dem Mangel an langfristiger Planung und dem Fehlen einer notwenigen Synchronisierung unterschiedlicher Vorhaben. So kommt es noch heute vor, daß die Amerikaner oder irgendeine andere westliche Nation in diesem oder jenem unabhängig gewordenen Lande Afrikas oder Asiens nicht weiß, was auf dem gleichen Gebiet ein verbündeter Staat tut. Hier spielen auch starke privat-wirtschaftliche Interessen hinein, die sich als Konkurrenzkämpfe auswirken. Es ist selbstverständlich, daß man in Moskau, Prag, Warschau und Pankow diesen Wirrwarr sehr genau beobachtet und mit entsprechenden koordinierten Gegenmaßnahmen und Angeboten in den betreffenden Entwicklungsländern aufwartet.

Die politischen Folgen eines solchen Zustandes bleiben nicht aus. So haben jetzt mehrere Vertreter afrikanischer Staaten während des Afrika-Wirtschaftstages in Berlin zum Erstaunen sehr vieler Zuhörer ihrer Befürchtung Ausdruck gegeben, die Wirtschaftspolitik moderner Industrieländer könne zu einer neuen Abhängigkeit führen. Dieselben Afrikaner beschwerten sich auch in privaten Gesprächen darüber, daß "der kapitalistische Konkurrenzkampf" großer westlicher Industriefirmen in Afrika gelegentlich der Korruption Tür und Tor öffne, was wiederum Rückschläge beim Aufbau einer modernen und stabilen Gesellschaftsordnung in Afrika zur Folge habe. Die kommunistisch regierten Länder haben bereits Vorbereitungen getroffen, um diesen Unwillen afrikanischer Politiker in ihrem Sinne auszunutzen. Der kommunistisch gelenkte Weltgewerkschaftsbund wird Anfang Oktober in Leipzig eine Konferenz durchführen, bei der unter anderem auch beabsichtigt ist, die "neoliberalistischen Einflüsse bei der Zusammenarbeit zwischen der EWG und den afrikanischen Staaten zu analysieren und ihnen entgegenzuwirken."

Es ist zu begrüßen, daß der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Scheel, in Washington die Notwendigkeit einer systematischeren Entwicklungshilfe der westlichen Länder für Afrika und Asien betont hat. Zu dem Begriff "systematisch" gehört auch die Koordinierung und Synchronisierung der westlichen Entwicklungsvorhaben, ohne die - trotz großer finanzieller Anstrengungen - viele Bemühungen für die unabhängig gewordenen Länder in Afrika und Asien illusorisch bleiben würden.

Breschnjew, Tito und die Chinesen

Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher

Noch bevor das sowjetische Staatsoberhaupt Breschnjew zu seinem sechstägigen Staatsbesuch in Jugoslawien eintraf, registrierte man in Belgrad sehr aufmerksam den kaum erwarteten chinesischen Querschuß gegen diese Manifestation einer weiteren sowjetisch-jugoslawischen Annäherung. Denn als nichts anderes werteten offizielle Kreise Belgrads einen erst kürzlich in der Pekingener Zeitung "Jen Min Ji Bao" groß herausgebrachten antijugoslawischen Angriff. Darin wurden in bekannter Heftigkeit "revisionistische Vorwürfe" an die Adresse Jugoslawiens und seines Staatsoberhaupts Tito gerichtet, "Lakai und Helfershelfer des amerikanischen Imperialismus" zu sein. Zur Begründung dieser keineswegs neuen Beschuldigungen stützte sich die Pekingener Volkszeitung auf ein am 7. August von Staatsoberhaupt Tito dem amerikanischen Journalisten Pearson gewährtes Interview. Lohnt es kaum, von der Sache her auf die ideologischen Kaarspaltereien einzugehen, überraschte doch die nur schlecht verdeckte Fassade der formalen Seite. Wurden doch die chinesischen Schlußfolgerungen erst nach fast anderthalb Monaten und wohl nicht zufällig genau am Vorabend des Breschnjewbesuches in Belgrad gezogen.

Die chinesische Behauptung, Jugoslawien habe aufgehört ein sozialistisches Land zu sein, stand dabei in deutlichen Gegensatz zu den genau gegenteiligen Äußerungen des sowjetischen Regierungs- und Parteichefs Chruschtschow von vor vier Monaten in Bulgarien. Obwohl seitdem ähnliche ideologische Komplimente Moskaus für Belgrad ausgeblieben sind, behandelte doch die vielsprachig in Moskau erscheinende Zeitschrift "Neue Zeit" in Nr. 37 alle positiven; dem "sozialistischen Lager" nützlichen Funktionen der Belgrader Außenpolitik. Eine sehr unterschiedliche Einschätzung der Rolle Jugoslawiens durch die beiden größten kommunistischen Staaten also.

In Belgrad verbirgt man nicht die Meinung, daß man hinter den chinesischen Angriffen auf Tito eigentlich nur umschriebene Vorwürfe gegen Chruschtschow vermutet. Die albanische Parteizeitung "Zerri i Popullit", die keine ähnlichen Rücksichten mehr nimmt wie die chinesische Presse, bestätigte solche Einschätzungen dadurch, daß sie in einem kurz nach dem Pekingener Artikel erschienen antijugoslawischen Beitrag mehr als die Hälfte des Raumes heftigen Direktattacken gegen Chruschtschow widmete.

Daß Belgrad im Lichte dieser Angriffe den demonstrativen Wert des Breschnjewbesuches sehr hoch veranschlagt, versteht sich am Rande. Nur vertet den Besuch als klare Absage Chruschtschows an alle dogmatischen Kräfte in- und außerhalb der Sowjetunion und die Bestätigung, den bisherigen Versöhnungskurs gegenüber Jugoslawien konsequent weiterzugehen. Andererseits ist jedoch auch die zu beachtende Meinung verbreitet, daß die chinesisch-albanischen Querschüsse nicht nur dem Besuch Breschnjew in Jugoslawien, sondern darüber hinaus schon einem eventuell nach den amerikanischen Kongresswahlen möglichen Treffen Kennedy - Chruschtschow gelten.

Helsinki - und was dann ?

Von Waldemar Ritter

Wir wissen es alle, daß unsere Welt klein geworden ist. Wir haben die technischen Möglichkeiten, in einem einzigen Tag den entferntesten Ort unserer Erde zu erreichen, wir haben die Möglichkeit, binnen weniger Minuten mit anderen Menschen in anderen Erdteilen zu sprechen, ja, es gibt die Kosmonauten, die sich anschicken, das Weltall zu erobern, aber wir haben offensichtlich immer noch zu wenig bemerkt, wie mangelhaft wir alle diese Möglichkeiten nutzen, um die Menschen und die Völker dieser Welt einander näher zu bringen.

Zugegeben, es gibt bereits zahlreiche Versuche, bilaterale und multilaterale, ernsthafte und oberflächliche, ehrliche und propagandistische, glückliche und unglückliche, aber die großen geglückten Anfänge brauchen immer wieder neue Impulse und stärkende Hilfe, um fortschreitend wirken zu können. Hier und heute wollen wir uns allerdings nicht mit den im Anfang bereits gelungenen Versuchen menschlicher Begegnung und Völkerverständigung beschäftigen, sondern einzig und allein mit einem Problem, das insbesondere die junge Generation bewegt und das bisher noch ungelöst geblieben ist.

Es ist die Frage nach einem Treffen der Jugend der Welt, die Frage nach einer wirklich repräsentativen Begegnung junger Menschen aus allen Ländern, unabhängig von ihrer Abstammung, ihrer Rasse, ihrer Sprache, ihres Geschlechts, ihrer Heimat und Herkunft, ihres Glaubens, ihrer religiösen und politischen Anschauung.

Über diese Frage haben seit Jahren und wieder einmal verstärkt im Anschluß an die kommunistisch-inspirierten Weltjugendfestspiele kluge und weniger kluge Leute geschrieben. Einige von ihnen haben sich sogar Gedanken gemacht. Einige davon sind wiederum auf der Oberfläche herumgeplätschert, so, als ob es darauf ankäme, nur ein bißchen Wind und ein paar Wellen zu machen. Gott sei Dank gab es aber auch insbesondere junge Menschen, innerhalb und außerhalb der Bundesrepublik Deutschland, die sich mit dem Problem eines Weltjugendtreffens so ernsthaft und tiefgehend befaßten, wie es dieses Problem verdient, behandelt zu werden.

Bisherige Praxis der Weltjugendspiele

Zweifellos gehört zu einer ernsthaften Auseinandersetzung über dieses Problem auch eine kurze Betrachtung der kommunistisch-inspirierten "Weltjugendspiele". Dies umso mehr, als es auch bei uns in der Bundesrepublik Deutschland Vorstellungen über dieses Treffen gibt, die gelinde gesagt entweder an der Oberfläche verbleiben oder aber einfach bewußt oder unbewußt an den Dingen vorbeigehen. Es wird vorwiegend so getan, als ob es möglich wäre, ohne Unterschied der politischen Anschauung gleichberechtigt und mitbestimmend an diesen Jugendspielen teilzunehmen. Einige andere Stimmen meinen, daß man das Bestehen des Festivals trotz seiner eklatanten Einseitigkeit doch anerkennen sollte und durch Teilnahme aus dem großen Übel ein kleines machen könne.

Wollen wir uns einmal mit diesen Aussagen beschäftigen und dabei die bisherige Praxis der "Weltjugendspiele" unter die Lupe nehmen. Wie die bisherigen sieben Weltjugendspiele, so wurde auch das VIII Festival in Helsinki von einem "Internationalen Komitee" einberufen. Dieses Komitee, das die gesamte Organisation, also die Vorbereitung wie die Durchführung des Festivals bestimmt, setzt sich zusammen aus Jugendfunktionären, die entweder in den Ostblock-Ländern oder aber in den kommunistischen Parteien außerhalb des Ostblocks, beziehungsweise in Parteien, die dem Kommunismus nahestehen, führende Positionen innehaben. Sie sind fast alle Funktionäre der beiden kommunistisch gelenkten internationalen Jugendvereinigungen: "Weltbund demokratischer Jugend" (WFDY) und "Internationale Studentenunion" (IUS).

"Sympathiewerbung"

Wer nur ein wenig von Politik versteht, wird nach Kenntnis dieses Tatbestandes nicht mehr erklären können, daß hier Gleichberechtigung und Mitbestimmung, gleiche Spielregeln und gleicher Einfluß möglich ist. Aber, so ist man bereit zu argumentieren: diese Dinge sind ja alle gar nicht so wichtig, man kann ja auch über informelle Gespräche und über sogenannte "Freundschaftstreffen" eine Menge erreichen. Eine nicht gerade kluge Idee. Denn ihre Realisierung hängt in jedem Fall von den Veranstaltern ab. Diese können jederzeit die Leine kürzer oder länger lassen, sie können derartigen Diskussionsmöglichkeiten sehr viel oder sehr wenig oder nahezu gar keinen Raum geben. Es ist eben eine besonders in Deutschland verbreitete Krankheit, daß man glaubt, die Kommunisten wären so dumm, als daß sie sich durch kleine Tricks beeindrucken liessen. Im Gegenteil, sie wissen ziemlich genau, was sie wollen. Helsinki war wieder einmal ein Paradestück dafür. Nicht die Sowjets, nicht die Chinesen, auch nicht die anderen Ostblockstaaten machten zum Beispiel sichtbare politische Beeinflussung mit der Holzhammermethode, sie übergaben dieses Mittel vielmehr an einige ausgesuchte junge Leute aus den Entwicklungsländern. Erstens ist das weitaus wirkungsvoller und zweitens kann man mit dem Gesicht eines Unschuldengels sogenannte "Sympathiewerbung" betreiben. Diese Methode war zuweilen so offensichtlich, daß sie sogar von einigen Kommunisten als peinlich empfunden wurde.

Die Mehrheit der Nichtkommunisten aus den Entwicklungsländern hat vor allem die Einseitigkeit des Festivals in Fragen der Politik und die alles andere als repräsentative Zusammensetzung der Teilnehmer bedauert. Nahezu einhellig vertraten sie die Auffassung, daß ihnen ein Weltjugendtreffen weit lieber wäre, das wirklich repräsentativ die Jugend der Welt miteinander sprechen läßt.

Weltjugendtreffen unter der Regie der UNO!

Ziehen wir das Fazit aus dieser kurzen Betrachtung, so ergibt sich, daß eine Teilnahme, auch als Beobachter an den kommunistisch

inspirierten "Weltjugendspielen" für alle, die die Demokratie ernst nehmen und gleichzeitig an einem wirklich repräsentativen Weltjugendtreffen Interesse haben. Völlig indiskutabel ist die Erkenntnis dieses Tatbestandes ist aber gleichzeitig eine Verpflichtung für alle jungen Menschen in der ganzen Welt.

Am Beginn unseres Artikels haben wir gesagt, daß es darauf ankommt, Möglichkeiten zu finden, die Menschen und die Völker dieser Welt einander näher zu bringen. Die einzige momentan sichtbare Chance für die junge Generation besteht darin, ein Weltjugendtreffen zu organisieren, das unter der Regie der UNO oder der UNESCO veranstaltet wird und an dem die Jugend aller Völker gleichberechtigt und wirklich repräsentativ teilnimmt. Dieser offensive Vorstoß der Jugend muß von uns allen gewagt werden. Die Jugend aus Afrika, Asien und Südamerika, aber auch die Jugend aus den westlichen Ländern hat keinen Anlaß, der Auseinandersetzung mit den Kommunisten aus dem Wege zu gehen, wenn die Voraussetzungen der Auseinandersetzung für alle die gleichen sind. Wir wissen, daß wir gerade wegen unserer verschiedenen Auffassungen und der Vielfarbigkeit unserer Meinungen den Kommunisten haushoch überlegen sind. Freilich, die Kommunisten glauben das Gegenteil. Wenn das aber so ist, dann dürfte es auch ihnen nicht schwerfallen, an einem Weltjugendtreffen unter der Regie der UNO teilzunehmen. Wenn sie aber den Mut dazu nicht haben sollten, so werden sie über kurz oder lang gar nicht anders können und notwendigerweise mitmachen müssen. Die Initiative würde dann bei denen liegen, die tatsächlich wollen, daß sich die Jugend der ganzen Welt unvoreingenommen begegnet; ohne Propaganda und ohne den Versuch der einseitigen politischen Beeinflussung.

+ + +

Keine Toleranz für Unduldsamkeit

Der beschämende und empörende Fall des niedersächsischen Schuldirektors Gehrmann, der einen Studenten aus Kamerun von einem Ball, veranstaltet von den Schülern seines Gymnasiums, verweisen wollte, hat auch erfreuliche Züge aufzuweisen. Es überwiegen die Lichtpunkte. Da ist einmal der junge deutsche Student, der sich seines schwarzen Freundes schützend annahm; da sind die Mitglieder des Lehrerkollegiums, des Elternbeirats und eine große Anzahl von Gymnasiasten, die solche rassistische Unduldsamkeit, begangen von ihrem Schuldirektor sofort entschieden zurückwiesen; da ist der niedersächsische Kultusminister Voigt, der nach Kenntniserwerb des Vorfalles nicht lange zögerte und die sofortige Suspendierung des Studienrates veranlaßte. Und da sind auch die spontanen Sympathiebeweise der Bevölkerung für den jungen Mann aus Kamerun. Sie mögen ihn die ihm zugefügte Beleidigung bald vergessen machen.

Der Studienrat Gehrmann aber hat sich als Erzieher und Vorbild unmöglich benommen, er lebt geistig noch in einer Welt, die für uns endgültig der Vergangenheit angehören sollte. Sein Fall ist erfreulicherweise einmalig; Rassenhochmut und Rassenfanatismus haben bei uns keinen Boden. Es wächst eine neue Generation heran, in deren Denken die unterschiedliche Bewertung des Menschen nach seiner Hautfarbe keine Rolle spielt; sie hat wirklich eine ansehnliche Vergangenheit überwunden. Dies läßt uns hoffen.

+ + +